

A-142/2016-2021



in der Stadtverordnetenversammlung

13. Juni 2017

An die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Pohlheim
Frau Anja Sames-Postel
Ludwigstr. 31
35415 Pohlheim

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion der CDU und der FW bittet im Rahmen der nächsten Stadtverordnetensitzung folgenden Punkt zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Wiedereinführung des Freiwilligen Polizeidienstes (FPD)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten bei der Stadt Laubach die Bereitschaft zu einer interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des FPD abzufragen.

Für den Fall, dass die Stadt Laubach eine Kooperation mit der Stadt Pohlheim anstrebt, ist der FPD unter Inanspruchnahme von Landesmitteln einzuführen. Der Zeitraum des Wirkens des FPD in der Stadt Pohlheim beschränkt sich maximal auf den Zeitraum der Förderung durch das Land. Der Leiter der Ordnungsbehörde legt der Stadtverordnetenversammlung im halbjährigen Turnus einen Tätigkeitsbericht des FPD vor.

Begründung:

Der Stellenabbau bei der Polizei durch die Landesregierung schreitet weiter voran. Da die antragstellenden Fraktionen diesem Abbau aus heutiger Sicht keinen Zuspruch schenken können, sehen CDU und FW nun den Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene. Dies soll möglichst ohne finanzielle Belastung für die Bürgerinnen und Bürger geschehen.

Die Ordnungshüter und ‚Nachbarn in Uniform‘ können als zuverlässige Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger dienen. Nach unserer Kenntnis fördert die Hessische Landesregierung diese Kooperation bewusst, weil sie die öffentliche Sicherheit stärken soll und gleichzeitig im Sinne einer interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) die Aufgaben von Kommunen effizienter und kostengünstiger organisiert.

Freiwillige Polizeihelferinnen und Polizeihelfer sollen Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sein. Im Rahmen ihrer Aufgaben dürfen sie Personen befragen, Personalien aufnehmen, Platzverweise aussprechen und verdächtige Gegenstände sicherstellen.

Wir versprechen uns durch die Präsenz des Ordnungsdienstes einen weiteren Beitrag für mehr Sicherheit.

In Laubach wurde am 10.05.2017 von der dortigen Stadtverordnetenversammlung ein Beschluss zur Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes in Verbindung mit der Förderung durch Interkommunaler Zusammenarbeit gefasst. Dies bietet für Pohlheim die Gelegenheit mit der Stadt Laubach dieses Projekt gemeinsam zu beginnen und entsprechende Fördermittel zu erhalten.

gez.

Matthias Jung
(Fraktionsvorsitzender)

gez.

Ulrich Sann
(Fraktionsvorsitzender)